

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alsterstraße 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. B. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Bettzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26

Freitag, den 31. Januar 1896

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Hammersteinia.

Der Prokurist der Berliner Firma Ferdinand Hlinsch ist, so schreibt der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, das erste Opfer Hammerstein'schen Umganges, von dem man öffentlich hört; (inzwischen hat Hlinsch folgendes bekannt gegeben: Hans Priemer war Stadtreisender bei mir, zeichnete meine Firma in Kollektiv-Prokura, war weder Kassierer noch hatte er mit der Kasse etwas zu thun. Seine Veruntreuungen bestehen in Waarenverkäufen, erstrecken sich auf einen Zeitraum von 1 1/2 Jahren und erreichen nicht entfernt den von mehreren Blättern angegebenen hohen Betrag. Ein Zusammenhang Priemer - von Hammerstein existiert nicht; es giebt aber solcher Opfer, die er finanziell schwer geschädigt hat, aus den Kreisen seines freundschaftlichen, politischen und geschäftlichen Verkehrs noch mehrere. Die längst beobachtete gedrückte Stimmung einzelner konservativer Männer ist viel weniger auf die Noth der Landwirtschaft, über die sie öffentlich sprechen, als auf schwere Schädigungen durch den einflussigen Freund und Parteigenossen zurückzuführen, die sie weise und schmerzlich schweigend tragen. Eines dieser Opfer hat Herr v. Kröcher in seiner Rede geschildert, ohne den Namen des Aermsten zu verrathen, den alle Vorsicht, daß noch ein bestimmter zahlungsfähiger Dritter auf dem Wechsel stehe, und daß dieser nun bei der ritterschaftlichen Darlehenskasse diskontiert werden solle, nicht vor der betrügerischen Verwertung seiner einmal gegebenen Unterschrift geschützt hat.

In parlamentarischen Kreisen erräth man den in der Geschichte der konservativen Partei oft genannten Namen dieses Opfers und die hohe Summe, um die er sich handelt. Als Ergebnis der niederen Jagd des edlen Freiherrn sind neben dem Edelwild bekannte Restaurateure und Weinhändler mit Summen von einigen Tausenden angeschossen worden. Ein pommerischer Gutsbesitzer soll sehr erregt werden, wenn man ihm die harmlosen Worte zitiert: „O, bitte, Ihr Wort genügt mir, Herr Baron.“ Mit dieser vertrauensvollen Wendung hat er nämlich als Tourist in Tirol dem Freiherrn v. Hammerstein ahnungslos einige Tausend Mark vorgestreckt, die dieser notwendig zu seiner Flucht brauchte. Jetzt hat er zum Schaden auch noch den Spott.

Da ist der Herr Erzbischof Stabilewski in Posen besser dran; der kann sich mit der angenehmen Erinnerung trösten, daß er den finanziellen Anzapfungen des Mannes glücklich entgangen ist, der an der Spitze des Antrages zur Herbeiführung der Selbstständigkeit der evangelischen Kirche stand. Er hat wirklich den Primas von Polen in seiner Diözese aufgesucht; wer will es diesem verdenken, wenn er zunächst eine politische Mission des einflussreichen konservativen Publizisten und Parteiführers vermuthet hat. Als sich herausstellte, daß ein Pump von etwa 20 000 Mark der Zweck des Besuches war, ging die Diplomatie der Kirche ohne Schaden aus diesem Intermezzo hervor. Der Primas von Polen ist jetzt ein vielbeneideter Mann.

In einer anderen Beziehung hat Hammerstein Glück: Die Unterschlagung des Stöckerfonds ist inzwischen verjährt. Da hat die furchtsame Duldung und Verschleppung und die Verschleierung eines nahe Beteiligten praktische Erfolge aufzuweisen. Um so mehr aber mußte dieser für den Prozeß gegen Hammerstein ausschlagende Punkt öffentlich aufgedeckt werden. Die Unterschlagung dieses Fonds war vor einem Jahre nicht nur bekannt, sondern auch bewiesen. Das hat Herr v. Kröcher trotz einer gewissen Deffentlichkeit doch schonend übergangen.

Wenn nun das Comité der „Kreuzzeitung“ wie man hört, sich gegen die Kröcher'sche Darstellung rechtfertigen will, so empfehlen wir den Herren, daß sie den Einem preisgeben, der die Anzeige von der Unterschlagung des Stöckerfonds unterdrückt hat. Thun sie das, so ist für die anderen viel gewonnen, und dann wird man nicht hart urtheilen, wenn sie sagen: Weshalb sollten wir armen Comitémitglieder denn mehr Courage vor der Pistole des „nervenstarken“ Freundes haben als Parteileitung und Fraktion, die nach Kröcher's auffällender Enthüllung wenigstens durch ihre Vorstehenden sehr gut unterrichtet waren?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kolonialrath ist zum 3. Februar einberufen, um den Entwurf des Auswanderungsgesetzes zu beraten.

Pastor Stöckhke hat, wie das „Volk“ mittheilt, gegen das in dem Prozeß Stumm wider ihn ergangene Urtheil Berufung eingelegt.

Pastorenmuth. Aus Schlesien schreibt man dem „Volk“: Aus dem Provinzialverein für innere Mission sind in Folge der Entlassung des Pastors Wittenberg schon jetzt bereits über 30 Geistliche ausgetreten.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag zunächst den Etat des Finanzministeriums in zweiter Lesung. Die alljährlichen Klagen über zu geringe Besoldung gewisser Beamtencategorien wurden auch diesmal vorgebracht; aber wie gewöhnlich erfolgte vom Ministertisch die Antwort, daß man nicht einzelne Beamtenclassen herausgreifen könne, sondern abwarten müsse, bis eine allgemeine Gehaltsaufbesserung möglich sei. Ein Versuch des Finanzministers, bei dieser Gelegenheit eine Debatte über die Finanzreform heraufzubeschwören, scheiterte an der Theilnahmslosigkeit des Hauses. So wurde der Etat ohne nennenswerthe Debatte angenommen.

Sodann kam der Etat des Ministeriums des Innern an die Reihe. Der neue Minister, Hr. v. d. Necke v. d. Horst hielt eine einleitende Rede, in welcher er eine Reform des Dreiklassen-Wahlgesetzes, wie sie schon lange versprochen ist, ankündigte. Ob diese Reform, wie es nach den Worten des Ministers den Anschein hat, noch lange auf sich warten läßt, oder ob sie bald vorgenommen wird, ist für die Arbeiterklasse gleichgültig. Diese hat von dem Dreiklassenwahlsystem sei es in dieser oder jener Form, nichts zu erwarten. Im Uebrigen verlor sich die Debatte in lauter Einzelheiten. Hervorzuheben ist nur eine Aeußerung des freikonservativen Abg. v. Gerlach, der sich darüber beschwerte, daß die zu Landarbeiten verwandten Strafgefangenen kürzere Zeit arbeiten, als freie Arbeiter; statt nun die Arbeitszeit der freien Arbeiter zu verkürzen, schlug dieser menschenfreundliche Herr eine Verlängerung der Arbeitszeit der Gefangenen vor. Proben solcher sozialpolitischen Weisheit werden im Laufe oft gegeben. Am Mittwoch sollte die Berathung fortgesetzt werden und die zweite Lesung des landwirtschaftlichen Etats beginnen.

In der Budgetkommission des Reichstages gab am Dienstag beim Militärstat der Regierungsvertreter in Betreff des einjährig-freiwilligen Dienstes der Volksschullehrer die Erklärung zu Protokoll, daß die Abiturienten der Lehrerfeminare die volle Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste erhalten werden und daß diese Maßregel nach und nach durchgeführt werde, sobald sie im Jahre 1900 in vollem Umfange zur Vollziehung gelangt. Auf Anfrage des Abg. Bachnick wurde erklärt, daß auch Abiturienten, die die Mittel zum einjährig-Unterhalte nicht nachweisen können, das Recht gewährt werden soll, nur ein Jahr zu dienen, jedoch ohne Schnüre und ohne Ziel zur Verwendung als Reserveoffizier. Die Forderungen des Extraordinariums für das preussische Kontingent wurden genehmigt. Abgelehnt wurde die Baurate von 500 000 Mk. für eine Artilleriekaserne in Brandenburg a. H.

Gegen das Zuckersteuergesetz haben 611 Rübenbauern und Zuckerfabrikanten aus Brandenburg, Pommern und Mecklenburg eine Eingabe an den Bundesrath gerichtet. Sie erklären sich entschieden gegen eine Kontingentirung der Fabriken, gegen die Einführung einer Betriebsabgabe und gegen eine Erhöhung der Zuckersteuer. Sie verzichten deshalb auf Erhöhung der Ausfuhrzuschüsse. Eine Herabsetzung der Zuckersteuer, sobald die Einnahme aus derselben den gegenwärtigen Nettoertrag übersteigt, dürfte zur Zunahme des Zuckerverbrauchs in Deutschland und damit zur Beseitigung der gegenwärtigen Ueberproduktion wesentlich beitragen.

Zu der Reichstagskommission zur Berathung der Novelle zum Gesetz über die Wirtschaftsgenossenschaften wurde noch, auf Anregung von ca. 2000 eingegangenen Petitionen, gegen eine Stimme beschlossen, folgenden neuen § 20 a dem Gesetz einzufügen:

„Durch Statut kann auch bestimmt werden, daß der Gewinn bis zu einer im Statut festzusetzenden Höhe zu einem untheilbaren Vereinsvermögen angesammelt wird.“

Die Kommission beabsichtigt, demnächst in die zweite Lesung der Novelle einzutreten.

Der Ring gegen die christlichen Schwarmgeister wird auf der ganzen konservativen Linie geführt. Das Naumann'sche Organ die „Hilfe“ hatte dieser Tage geschrieben:

„Der Viehaußseher eines großen Gutes wird sozial besser gestellt, als der Erzieher der gesamten Dorfsjugend. Für Viehzuchtlehre sind an den Universitäten darum auch selbständige Lehrstühle errichtet, für Menschenerziehung nicht. Das sogenannte Volk möchte sonst geistig und sittlich gehoben werden und der vierte Stand auch seine Menschenrechte beanspruchen. Darum dürfen die zwei-einhalb Millionen (für Erhöhung der Lehrergehälter. Red. d. L. B.) nicht bewilligt werden in dem armen Preußen, wo ein einziger Konservativer sie allein zahlen könnte, ohne zu verarmen, falls ihn, gleich Christus, „das Volk jammerte.“

Dazu bemerkt das Bündlerorgan, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Ist das nicht die schamlose Demagogie, die um so ekelhafter wirkt, als sie darauf berechnet ist, die Lehrer zum Bezug der „Hilfe“ zu bestimmen?“

Der Stöcker'sche „Reichsbote“ haut in dieselbe Kerbe; er nennt Naumann's Ausführungen „demagogische Sekerei“ und fügte hinzu:

„Wir theilen sie mit zum Beweise, wie es mit diesen Leuten abwärts geht, und wir mögen sie mahnen: Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle.“

In einem Stöcker'schen Organ nehmen sich solche Worte recht sonderbar aus. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Miquel. Man schreibt dem „Vorwärts“: „Am letzten Ordensfeste sollte der Kommunist und Organisator von Bauernaufständen a. D., liberaler Führer und Verwaltungsrath der Diskontogesellschaft gleichfalls a. D. und gegenwärtiger königlich preussischer Finanzminister und Oberagrarier Miquel in den erblichen Adelstand erhoben werden. Diese Auszeichnung hat er aber „mit Rücksicht auf seine früheren politischen Anschauungen abgelehnt“. Hat der bedächtige Herr Miquel gefürchtet, daß man einige den Adel kritisirende Reden und Briefe aus der Zeit des jugendlich ungestümen Miquel am Tage der Rangserhöhung publiziren könnte?

Die gesammte „Vorwärts“-Redaktion ist für Freitag Vormittag vor den Untersuchungsrichter geladen. Wir lesen im „Vorwärts“ darüber: Es hat der königlich preussischen Regierung gefallen, so weit bis zum Dienstag Abend bekannt war, sechs Mann aus der Redaktion vor den Untersuchungsrichter laden zu lassen, damit sie in Disziplinar-Ermittelungs-Sache gegen „Unbekannt“ Zeugniß ablegen. Um welchen Fall es sich handelt, wissen wir nicht; wir können uns nur Vermuthungen hingeben. Sollte es sich aber, was wohl anzunehmen, um irgend einen Beamten oder eine sonst der Behörde unterstehende Person handeln, so glauben wir den in dieser Sache interessirten Herrschaften schon jetzt sagen zu können, daß die aufgewandte Mühe umsonst ist. Denn das müßte ein schöner Fehlschuss sein, der sich in solchen Dingen der Redaktion zu erkennen gäbe.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Die hiesigen Postbeamten, die schon einmal ausgestanden sind, verlangen eine Verbesserung ihrer Lage und wünschen, den Wiener Postbeamten gleichgestellt zu werden. Falls die Forderungen nicht bewilligt werden, drohen die Beamten, am 1. Mai den Dienst niederlegen zu wollen.

Frankreich.

Zu Carmaux wurde Genosse Soulié mit 1907 Stimmen in den Generalrath gewählt. Sein Gegenkandidat erhielt 1567 Stimmen.

Ein neues Panama? Von einer bei einem gewissen Edwards vorgenommenen Haussuchung erwartet man den Ausbruch eines neuen großen Skandals, der diesmal die tonkinischen Opiumpacht-Konzeptionen betrifft. Genauere Meldungen über diese Angelegenheit liegen noch nicht vor, die Pariser Blätter begnügen sich vielmehr mit sehr kurzen Angaben der Thatsache.

Das Arbeiter-Sekretariat in Nürnberg.

I.

Zu den am weitest häufigsten Verdächtigungen des Klassenbewußten Proletariats durch die bürgerlichen Klassen gehört auch die, daß die organisierte Arbeiterschaft nur „niederreißen“, aber nicht aufbauen könne; daß sich die Thätigkeit der Gewerkschaften nur auf die „Verhöhnung“ der „so guten“ Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern erstreckt und darin auch erschöpfe. Und wie die Lügenmärchen alle heißen!

Solchem Unfug macht nun der Geschäftsbericht, welchen das Nürnberger Arbeiter-Sekretariat soeben versendet, ganz gründlich einmal den Garaus.

Der Geschäftsbericht der uns vorliegt, redet eine deutliche Sprache von der positiven Leistung organisierter Arbeiter; er zeigt zur Evidenz, daß zielbewußte Arbeiter auch aufbauen können, ja daß ihre „Bauten“ dem Staate und den Kommunen zum Nutzen dienen können. An dem Geschäftsbericht des Nürnberger Arbeiter-Sekretariats werden wir das zu zeigen versuchen.

Zur Geschichte des Sekretariats.

Mit Einführung der Sozialgesetze, nach Erlaß der Arbeiterschutzbestimmungen, machte sich in der Arbeiterklasse allenthalben das Bedürfnis fühlbar, mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen bekannt zu werden. Dieser Nothwendigkeit verdanken wir eine umfangreiche Litteratur über alle einschlägigen Gesetze, abgesehen von den zahllosen Erörterungen in der Presse und den Vorträgen, welche in Versammlungen und Vereinen diesem Thema gewidmet wurden. Presse und Redner setzen das Aufklärungswerk fort. Jede wichtige Entscheidung, welche bezüglich der Sozialgesetze erlassen wird, gelangt in der Arbeiterpresse zur Besprechung, und wird durch mündliche Vorträge erläutert.

Dennoch herrscht über die Sozialgesetze auch noch bei den Arbeitern große Unkenntniß. Die Zahl der Arbeiter, welche einer Organisation angehören und in Folge dessen Gelegenheit haben sich mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen vertraut zu machen, ist eine sehr kleine; jene Pressorgane, welche vorzugsweise die Arbeiterinteressen wahrnehmen, besitzen lange nicht die gewünschte Verbreitung.

So kommt es, daß die meisten Arbeiter sich nicht zu helfen wissen, wenn sie eines oder das andere der Gesetze in Anspruch nehmen müssen und häufig zu kurz kommen. Diese Thatsache mußte in Nürnberg mit seiner zahlreichen intelligenten Arbeiterbevölkerung weiten Kreisen der Arbeiter frühzeitig zum Bewußtsein kommen.

Schon gegen Mitte der 80er Jahre haben Arbeiter, die einen tieferen Einblick in die Verhältnisse gewonnen haben, den Gedanken ausgesprochen: es müsse eine Art Auskunftsstelle geschaffen werden, welche den Arbeitern bei Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sachdienliche Auskunft erteile, Beschwerden entgegennehme, um sie dem Fabrikinspektor zu übermitteln und auch bezüglich

der Kranken- und Unfallversicherung den Hilfesuchenden mit Rath und That an die Hand gehe.

Als im Jahre 1891 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, wohl das schwerverständlichste der Arbeiterversicherungsgesetze, in Kraft trat, wurde die Frage brennend, es wurde zur Lösung dieser wichtigen Aufgabe gedrängt. Eine Sektion des Deutschen Metallarbeiterverbandes — Schlosser und Maschinenbauer — gab dem vielfach ventilirten Gedanken greifbaren Ausdruck, indem sie in einer im Jahre 1891 stattgefundenen Versammlung eine Resolution beschloß, in der es hieß: „Es sind alle Mittel zu ergreifen, um die Errichtung eines Arbeitersekretariats durchzuführen.“ Seitens der Schlosser wurde die Sache energisch propagirt, aber bei den übrigen organisierten Arbeitern stieß man auf Hindernisse. Alle Arbeiter, welche sich mit dieser Frage befaßten, erkannten die Zweckmäßigkeit eines Arbeitersekretariats bedingungslos an, aber man bezweifelte, daß es möglich sein werde, die Kosten für den Unterhalt einer derartigen Einrichtung aufzubringen.

Um dem immer schärfer hervortretenden Bedürfnis nach einer Auskunftsstelle wenigstens theilweise entgegenzukommen, wurde eine Kommission eingesetzt, die Mittheilungen von Arbeitern, welche für den Fabrikinspektor bestimmt waren, entgegenzunehmen und diesem Beamten zu übermitteln hatte. Die Kommission eröffnete am 8. März 1894 ihre Thätigkeit. Inzwischen reifte der Gedanke, ein Arbeitersekretariat zu errichten, mehr und mehr der Ausführung entgegen.

Für Montag, den 23. April 1894, Abends 8 Uhr, war im Saal des „Sächsischen Hofes“ eine Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung einberufen, die von etwa 900 bis 1000 Personen besucht war. Die Tagesordnung dieser Versammlung lautete: „Die Errichtung eines Arbeitersekretariats, wie verhalten sich hierzu die Arbeiter Nürnbergs.“

Die Versammlung kam aber nicht zur Erledigung ihrer Aufgabe, da dieselbe aufgelöst wurde.

An Stelle der aufgelösten Versammlung wurde für Sonntag, den 28. April, Vormittags 10 Uhr, wiederum nach dem „Sächsischen Hof“ eine Versammlung, mit derselben Tagesordnung wie die am 23. April polizeilich inhibirte, einberufen.

Diese Versammlung war von etwa 2000 Personen besucht und konnte, da man Frauen und Minderjährige fern hielt, (deshalb war die erste Versammlung aufgelöst worden) unbeanstandet tagen. Das Referat erstattete Buchdruckereibesitzer G. Dertel. Der Vortragende begründete in eingehender Weise die Nothwendigkeit des Arbeitersekretariats:

Diese Einrichtung soll ein Zentralpunkt für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter werden, das Arbeitersekretariat solle der gesammten Arbeiterschaft zu Gute kommen. Arbeitern und Arbeiterinnen solle insbesondere über das Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz kostenlos Auskunft erteilt werden. Dem Sekretariat solle auch die Aufgabe zufallen, die Gewerkschaften zu stärken und die den Gewerkschaften gleichgiltig gegenüberstehenden Arbeiter zur Organisation heranzuziehen. Das Sekretariat solle auf die gewissenhafte Durchführung

der Arbeiterschutzbestimmungen hinwirken, Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Lebensmittelpreise und Wohnungszustände pflegen. Außerdem könne das Arbeitersekretariat die Arbeitsvermittlung und die Auszahlung der Reiseunterstützung in die Hand nehmen.

Der Vortragende kalkülirte: wenn alle organisierten Arbeiter einen Wochenbeitrag von zwei Pfennigen leisten, werde pro Jahr eine Summe von 2500 Mark zusammenfließen. Zur Deckung des Fehlbetrages hoffe man, einen Zuschuß der Gemeindeverwaltung zu erhalten.

Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde eine Resolution beschlossen, in der es unter Anderem hieß: „Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen Mitteln für die Errichtung eines Arbeitersekretariats einzutreten.“ Gleichzeitig wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten zu erledigen hatte. Der Kommission war das Recht eingeräumt, sich zu kooperiren und Sachverständige zu ihren Berathungen beizuziehen.

Anfangs Juni 1894 erschien in mehreren Nummern der „Fränk. Tagesp.“ ein an die „organisierte Arbeiterschaft Nürnbergs“ gerichteter Aufruf, in welchem, unter Bezugnahme auf den Beschluß vorgeschriebener Versammlung, angekündigt wird, daß das Arbeitersekretariat noch in diesem Jahre — also 1894 — eröffnet werden soll. Gleichzeitig wurden alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert, jetzt schon einen Wochenbeitrag von zwei Pfennigen zu leisten, noch wurde in diesem Aufruf angekündigt, daß die Kommission an den Stadtmagistrat eine Eingabe um Subvention des Arbeitersekretariats richten werde.

Für Sonntag, den 23. September 1894, Vormittags 10 Uhr, war abermals in den „Zentralfäden“ eine öffentliche allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung angesetzt. Die Tagesordnung lautete: „Das projektirte Arbeitersekretariat und der „freisinnige“ Magistrat Nürnberg“, „Berichterstattung der Kommission zur Errichtung eines Arbeitersekretariats“, „Definitive Beschlußfassung über die Errichtung desselben.“

Auch von dieser Versammlung wurden Frauen und Minderjährige ausgeschlossen. Als Berichterstatter der Kommission fungirte Herr Dertel. Der Redner führte aus: Die Bemühungen, für ein Arbeitersekretariat eine Subvention der Stadtgemeinde zu erlangen, seien resultatlos verlaufen. Die Kommission habe sich an den Magistrat gewandt und eine Subvention von 2500 M. pro Jahr gefordert. Nach Verlauf von sechs Wochen habe der Magistrat eine Antwort erteilt, in welcher zwar die Neigung ausgesprochen wurde, zur Errichtung eines Arbeitsvermittlungsamtes die Hand zu bieten, wenn dasselbe die Garantie vollster Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit für sich habe. Diese Voraussetzung sei nicht gegeben, sobald die Einrichtung von irgend einer politischen Partei ausgehe. Es müsse daher Organisation und Leitung in seine — des Magistrats — Hände gelegt werden, der Magistrat würde auch die Beiträge der Arbeiterschaft dazu entgegennehmen. Der Berichterstatter bemerkte zu diesem Beschluß daß die Kommission auf das magistratische Schreiben keine Antwort

Der Sperlingskrug.

Novelle von Otto Freitag.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Im nächsten Augenblick öffnete sich die Thür, der Kriminal-Kommissarius trat eilig in die Stube; in der einen Hand trug er die Wendlaterne, welche ihm bei Durchsuchung des Hauses hatte dienen müssen, in der andern hielt er ein Kleidungsstück.

Hastig trat er auf den alten Hans zu.

„Zeugnisset Du noch, daß Du der Mörder bist?“ rief er. „Sieh hier den zweiten blutigen Zeugen Deiner That!“

Erregt war der Schulze an die Gruppe herangetreten, auch Walpurga hatte sich von ihrem Sitz erhoben und das thränenüberfluthete Auge auf das Kleidungsstück gerichtet, welches der Beamte ihrem Vater entgegenhielt.

Dasselbe war eine Jagdjoppe, welche der alte Hans als sein Eigenthum rekonnozirte. Zwei große, frische Blutflecken in derselben legten ein beredtes Zeugniß ab für die Schuld des Angeklagten.

„Ich sehe ein, mein Herr,“ sprach der alte Hans mit Würde, „daß jedes Wort meinerseits, welches auf die Betherung meiner Unschuld zielt, vergeblich sein würde, ich verzichte also darauf. Möge Gott es dem verzeihen, der mir und meinem Hause diese Schmach anthat! Leicht wäre es mir, mein Mißi nachzuweisen, allein ich darf dies nicht, da eine andere Person — erlassen Sie es mir, mich weiter darüber auszusprechen, und thun Sie, was Ihres Amtes ist; willig folge ich Ihnen in das Gefängniß.“

Kopfschüttelnd vernahm der Kriminalbeamte diese ruhige, würdige Sprache, welche schlecht paßte zu dem Schuldberußtsein eines Mörders.

Allein der Beamte mußte die Stimme des eigenen Herzens erkliden, er durfte nur handeln nach dem Buchstaben des Gesetzes, er durfte keine Milde üben, wo die Beweise so stark gegen den Angeschuldigten sprachen, obwohl seine Ueberzeugung, daß er den wirklichen Mörder in der Person des Jägers, Hans Mizdorf, verhaftet, durch dessen ruhiges, würdiges Benehmen stark erschüttert war.

„Gestatten Sie mir,“ fuhr der alte Hans bewegt fort, „vor meiner Abführung Abschied von meiner Tochter zu nehmen, alsdann bin ich der Ihre.“

Wortlos traten die Beamten von ihm zurück, und Walpurga wankte auf ihren gefesselten Vater zu. Sie umschlang dessen Hals mit ihren Armen, sie legte ihr Haupt leise weinend an seine Brust, des Vaters Lippen berührten einen Augenblick die reine Stirn der Tochter.

Kein Wort ward gewechselt zwischen Vater und Tochter in dieser feierlichen Stunde, eines wußte, was es von dem andern zu halten hatte, sie bedurften der hörbaren Laute nicht, sich zu verständigen.

Mit sanfter Gewalt drängte der alte Hans seine Tochter endlich von sich.

„Machen Sie ein Ende, mein Herr! sprach er zu dem Kriminalbeamten.

Der Schulze näherte sich dem Gefangenen und legte seine Hand auf dessen Arm.

„Nachbar,“ sagte er, und man hörte es dem Ton seiner Stimme an, welche Mühe er sich gab, seine Bewegung zu beherrschen, „ich habe Euch stets für einen Ehrenmann gehalten, und thue dies auch noch in diesem Augenblick. Vielleicht beruhigt es Euch, wenn Ihr Eure Tochter unter meinem Schutze wißt, und wenn Ihr es gestattet, so nehme ich dieselbe während Eurer Abwesenheit in mein Haus.“

„Ich danke Euch, Handref,“ weiter vermochte der alte Hans nicht zu sprechen, hastig drehte er sich um, die

Thränen zu verbergen, welche ihm über die gefurchten Wangen rannen.

„Vorwärts!“ sprach der Kriminal-Kommissarius, und umgeben von den Dienern des Gesetzes, verließ der alte Hans sein Haus, um, des Mordes und der Brandstiftung verdächtig, in das Gefängniß zu wandern.

Drittes Kapitel.

„Der alte Hans ist verhaftet, des Mordes und der Brandstiftung angeklagt!“

Diese Worte waren es, welche am andern Morgen die Kunde durch Neufelde machten und von den guten Landbewohnern nach allen Seiten hin besprochen und beleuchtet wurden.

Alle alten Geschichten, welche über den pensionirten Jäger und seine Tochter im Umlauf gewesen, wurden durch diese Nachricht wieder aufgefrischt, und jeder wollte es im Voraus gewußt haben, daß es mit dem Manne ein schlechtes Ende nehmen müsse, der die Kirche verachte, der seinem Kinde einen Namen gegeben, welcher an die Hegen erinnere.

Alle Gutthaten waren vergessen, die der alte Mann ihnen erzeigt, an die Aufopferung Walpurgas im Dienste der Krankenpflege dachte Niemand mehr, nur diejenigen ihrer Eigenschaften wurden bekräftelt, welche dem Vater sowohl wie der Tochter als Untugenden angerechnet werden konnten.

Kein Geschöpf der Erde vergißt leichter genossene Wohlthaten, als der Mensch; kein lebendes Wesen des Erdballes ist leichter zur Undankbarkeit geneigt, als der Mensch.

Die Verleumdung, welche es nicht mehr gewagt, offen gegen die Familie Mizdorf aufzutreten, sie fand ein reiches Feld für ihr Wirken, welches nach Kräften zu bearbeiten sie denn aber auch nicht verabsäumte.

gegeben habe, da man nicht im allermindesten gesonnen sei, sich unter die Vormundschaft des Magistrats zu stellen. Die Kommission sei der Meinung, daß die Arbeiter selbstständig vorgehen sollen; 3500 Arbeiter leisten jetzt schon Beiträge, das Unternehmen erscheine demnach also finanziell gesichert. Nebenher verlas und erläuterte dann den in verschiedenen Kommissionsitzungen ausgearbeiteten Entwurf für einen Arbeitsplan und die Geschäftsordnung für den Sekretär. Als Sekretär wurde dann einstimmig Redakteur Segib gewählt.

Damit war das erste Arbeitersekretariat in Deutschland errichtet. Die Kommission ging nun rasch an die Arbeit, um die noch erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und ein Bureau zu mieten. Am 1. November 1894 eröffnete das Sekretariat im Hause Nr. 33 am Marktplatz seine Thätigkeit. Das Sekretariat hat jetzt ein Geschäftsjahr hinter sich; was geleistet wurde, ergibt sich aus dem uns vorliegenden Geschäftsbericht. Von den Leistungen in einem zweiten Artikel.

Soziales und Partei-Leben.

Quittung.

Über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 29. Dezember 1895 bis zum 24. Januar 1896 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (Mittelbeiträge) Unterstützungsverein der Tabakarbeiter 2778,95 M. Quartalsbeitrag (1. Quartal 1896) Agitationskommission der Handwerkskammer 25 M. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895) Zentralverein der Bildhauer 141,30 M. Quartalsbeitrag (3. Quartal 1895) Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen 47,75 M. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895) Verband der deutschen Buchdrucker 750 M. Quartalsbeitrag (2. Quartal 1895) Zentralverband deutscher Textilarbeiter 278 M. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895 und 1.—4. Quartal 1895) Unterstützungsverein der Kupferschmiede 580 M. Vom Gewerkschaftskartell Altona für Agitation in Altona und Umgegend 2616,33 M.

In Deckung des Defizits gingen ein:

Durch Haase, Leipzig-Lindenau 10 M. Von Einzelmitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes, Filiale Grimmitzschau 9,22 M.

H. Demuth,
Poststraße 9, Etage 1.

Ein Böllerschuss vor dem Reichsversicherungsamt. Die Reichsversicherungs-Rechtsprechung hat es zuweilen mit recht sonderbaren Fällen zu thun. Ein Fall dieser Art ist erst dieser Tage vom Reichsversicherungsamt erledigt worden. Es wird der „Volkszig.“ darüber geschrieben: Am 1. April 1895 feierte man auf verchiedenen Bechen in nationalliberalem Besitz den Geburtstag des Herzogs von Lauenburg durch Böllerschießen. Hierbei wurde einem Arbeiter eine Hand fortgerissen. Die Berufsgenossenschaft verneinte einen Betriebsunfall. Das Schiedsgericht verurteilte die Genossenschaft nach dem Klageantrag. Hiergegen legte die Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Die Berufsgenossenschaft meinte, das Schießen mit Böllern sei eine Privatfache und keine Betriebsthatigkeit. Das Reichsversicherungsamt entschied aber zu Gunsten des Verletzten. Das Amt machte geltend, daß der Begriff des Betriebes sich nicht nur auf Einrichtungen im Betriebe erstreckt, sondern auch auf Handlungen, die durch die Beziehungen des Betriebes zum öffentlichen Leben bewirkt werden. Demnach seien auch die Festlichkeiten an öffentlichen Gedenktagen dem Betriebe zuzurechnen. Solche Festlichkeiten geben nicht nur aus den persönlichen Empfindungen der Leiter der Betriebe hervor, sondern auch aus der Ueberzeugung, daß es sich zieme, wenn industrielle Betriebe, welche die Fürsorge des Staates genießen, ihre Verantwortlichkeit in ungemessener Weise deutlich zum Ausdruck bringen. Der 1. April sei der Geburtstag des Fürsten Bismarck, „einer Persönlichkeit von nationaler Bedeutung“.

Schon in der Frühe des Tages bildeten sich in der Dorfstraße sehr lebhaft debattierende Gruppen derjenigen Leute, welche die Pflicht hinausrief zur Arbeit auf den Feldern.

Den Gegenstand ihrer Unterhaltung bildeten natürlich einzig die Ereignisse des vergangenen Tages, vor allem die noch in später Nacht erfolgte Verhaftung des Hans Mizdorf.

Die wenigen noch im Orte zurückbleibenden Frauen spannen dies Thema im Laufe des Tages zur Unendlichkeit aus, und ihre Gespräche wurden von der neugierig lauschenden Dorfjugend ganz begierig aufgefangen und dann von diesen in ihrer Art weiter verarbeitet.

An dem alten Hans blieb natürlich kein gutes Haar, auch Walpurga wurde weiblich mitgenommen. Eines nur bedauerte man allgemein, daß nicht auch Walpurga gleich in Ketten gelegt und abgeführt worden war, da sie doch auf jeden Fall mit ihrem Vater in Komplott gestanden.

Allerdings konnten die guten Neufelder daran nichts ändern, aber sie nahmen sich vor, das stolze Mädchen, daß sich auf ihr glattes Gesicht so viel einbilde, das immer die vornehme Dame spiele, ihre Verachtung gründlich fühlen zu lassen. Sie würde dann schon allein gehen, meinten sie, und das Dorf von ihrer Gegenwart befreien.

„Es ist unverantwortlich von unserm Schulzen“, sprach eine der Frauen, „daß er dieses Volk im Dorfe aufnahm; mein Mann hat es gleich mißbilligt. Was haben wir nun davon? Jetzt können wir die Dirne noch ernähren.“

„Sie mag Hade und Schaufel zur Hand nehmen“, entgegnete die Andere, „und sich ihr Brod verdienen, da-

dem die Industrie aufrichtigen Dank schuldig sei; wenn an diesem Tage Kläger verunglückt sei, als zu Ehren des Fürsten Bismarck Böllerschüsse abgefeuert wurden, so sei der Unfall des Klägers als Betriebsunfall anzusehen, welchen die Genossenschaft entschädigen müsse. Es komme hierbei nicht weiter in Betracht, ob Kläger die Böller auf Befehl eines Beamten der Beche abgeschossen habe, es genüge, daß Kläger die Böller in seiner Eigenschaft als Arbeiter der fraglichen Beche abgefeuert habe.

Städtische Wohnhäuser werden in Genf in großem Maßstabe gebaut. Dort sollen nach dem Plane der Regierung an Stelle eines ungesunden Stadttheils, der niedrigergelegen ist, in den nächsten fünf Jahren sechs große vierstöckige Miethshäuser mit je 464 Räumen gebaut werden. Der Miethspreis für einen Raum soll im Mittel 100 Franken betragen, also für Wohnungen zu zwei, drei oder vier Räumen 200—400 Franken. Der Stadt Genf wird für diese Bauten Steuerfreiheit bewilligt. Der Staat übernimmt gewisse Verpflichtungen um die Stadt in schlimmsten Fällen schablos zu halten. Die Miethspreise können alle fünf Jahre revidirt werden. Nach 30 Jahren wird, wenn nicht vor Ablauf des 28. zwischen Stadt und Staat Genf ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, der ganze Immobilien-Komplex liquidirt.

Arbeiterschutz in Rußland. Der russische Finanzminister hat nach Vereinbarung mit dem Minister des Innern verboten, Frauen und jugendliche Arbeiter in jenen Handarbeitenden Fabriken zu beschäftigen, in denen sie bis jetzt noch beschäftigt waren. In jenen Fabriken, in welchen sie jetzt beschäftigt sind, wird ihre Arbeit verboten von dem Zeitpunkte an, wo neue Arbeitsverträge abgeschlossen werden, d. h. von Ostern 1896 an.

Aus Nah und Fern.

Pastorale Solidarität. Einen interessanten Beitrag zur Duellfrage bringt das „Hannov. Sonntagsblatt“ aus Lehe, indem es schreibt: „Wegen einer am Sarge eines im Duell gefallenen Korvettenkapitäns (des Korvetten-Kapitäns Mittler) gehaltenen Leichenrede war dem Pastor Schäbla in Lehe, der die Verkehrtheit des Duells aus Gottes Wort gestraft hatte, die Militärseelsorge gekündigt worden. Nachdem kein anderer Pastor in Lehe, Gesteinmünde und Bremerhaven unter diesen Umständen diese Seelsorge hatte übernehmen wollen, hat man nunmehr dem Pastor Schäbla dieselbe wieder von Neuem angeboten; dieser hat sich auch bereit erklärt, dieselbe weiter zu übernehmen.“ — Der militärische Boykott über den duellfeindlichen Pastor ist also mit Hilfe von dessen Amtsbrüdern glänzend besiegt worden und die Boykottirer haben bedingungslos kapituliren müssen. Da sieht man, was die Solidarität vermag.

Die militärischen Taschentücher. Ueber die Veranlassung, die zu der Verhaftung des inzwischen wieder in Freiheit gesetzten Oberfeuerwerkers Nürnberg in Siegburg führte, meldet die „Hannoversche Ztg.“: Herr Schmiedmann aus Seligenthal vermittelt schon seit Jahren im Namen seiner Tochter den Verkauf von Taschentüchern, auf denen sich zur Belehrung der Soldaten Zeichnungen von Gegenständen der betreffenden Truppengattungen befinden. Diese Idee geht von der Tochter Schmiedmann's aus und hat auch schon viele Anerkennung höherer Militärpersonen gefunden. Auch das „Militär-Wochenblatt“ hat sich schon wiederholt mit den Soldatentäschentüchern beschäftigt und dem Fräulein für diese erdachte Neuuerung lobende Anerkennung gesendet. Die Zeichnungen seien für das praktische Militärleben von Wichtigkeit, indem sie die Soldaten über die einzelnen Bestand-

theile der Waffen, Geschosse usw. eingehend unterrichten. Mit dem Fortschritt der militärischen Technik sollte auch mit den Zeichnungen auf den Soldatentäschentüchern fortgeföhren werden. Einzelne Zeichnungen wurden nun von Oberfeuerwerker Nürnberg hergestellt. Daß dieses ohne Erlaubniß des Vorgesetzten geschehen, war natürlich nicht richtig und wird auch wohl nicht ungeahndet bleiben. Von Landesverrath dürfte aber wohl schwerlich die Rede sein, davon scheinen auch die Behörden, welche die Haftentlassung des Oberfeuerwerkers Nürnberg verfügten, sich überzeugt zu haben.

theile der Waffen, Geschosse usw. eingehend unterrichten. Mit dem Fortschritt der militärischen Technik sollte auch mit den Zeichnungen auf den Soldatentäschentüchern fortgeföhren werden. Einzelne Zeichnungen wurden nun von Oberfeuerwerker Nürnberg hergestellt. Daß dieses ohne Erlaubniß des Vorgesetzten geschehen, war natürlich nicht richtig und wird auch wohl nicht ungeahndet bleiben. Von Landesverrath dürfte aber wohl schwerlich die Rede sein, davon scheinen auch die Behörden, welche die Haftentlassung des Oberfeuerwerkers Nürnberg verfügten, sich überzeugt zu haben.

Nachhaken. Die Voruntersuchung gegen den Mexikaner- rektor Overbeck und den Bruder Agidius wegen lebensgeföhrlicher Behandlung Irren ist eingestellt. Hiermit ist der Nachhaken Mexikanerprozess beendet.

Begnadigung. Aufsehen erregte die seiner Zeit gemeldete Nachricht, daß der Schreiner Wilhelm Bier von Gelsenkirchen in Folge Demüthigung seines eigenen Sohnes wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden war. Nunmehr sind ihm anlässlich der am 18. Januar erlassenen Amnestie 2 Monate seiner Strafe erlassen worden.

Die bösen Sozialdemokraten. Aus Mellensbach wird dem „Saalfelder Volksblatt“ geschrieben: „Im benachbarten Blumenau wurde bekanntlich Genosse Meßner kürzlich in den Gemeinderath gewählt und war „man“ darob schier aus dem Häuschen. Jetzt nun ist ohne Zweifel festgesetzt, daß das nur möglich war, weil Meßner seine schwarze Seele dem Herr Gottschebeinns verschrieben hat; haben doch alte Weiber mit und ohne Hofen schon öfter beobachtet, wie ein feinerer Klumpen Abends in Meßners Esse fiel, natürlich war das Gold, blühendes echtes Gold, der Lohn für den Seelensucher des Bösewichts Meßner. Das hier erwähnte Verbrechen ist nicht etwa ein Scherz, sondern wird in den Kneipen und allerwärts eifrig kolportirt. Man sollte wahrhaftig nicht meinen, daß es am Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch Menschen giebt, welche Zeug glauben, das zu glauben ein gewekter Mensch vor 300 Jahren sich geschämt hätte.

Zur Warnung aller Anhänger des Hypnotismus kann folgender Vorfall dienen. Am 18. Januar wurde bei einer Festsfeier in Meiningen ein Steuerbeamter von einem seiner Freunde hypnotisirt. Das Experiment gelang an dem anscheinend sehr empfänglichen Medium so vorzüglich, daß es — zum Schrecken aller Anwesenden — nicht mehr aus seinem Zustande zu erlösen war. Selbst die eilig herbeigerufenen drei Aerzte konnten nichts anrichten und der Hypnotisirte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Hier lag er noch den ganzen folgenden Tag in seiner todähnlichen Erstarrung, aus der er dann glücklicherweise endlich befreit wurde.

Der verlorene Sohn. Ein heiteres Taufgeschichtchen, das freilich auch ernst hätte ablaufen können, hat sich dieser Tage in Wintzshagen (Throl) ereignet. Der Bauer vom Matatschhofe, einem zwei Stunden von Schlanders entfernten Berggehöfte, wollte sein neugeborenes Kind nach der letztgenannten Ortschaft zur Taufe tragen. Mit der theuren, in zwei Postler eingewickelten kleinen Last schritt er wohlgemuth zu Thal. Beim Tischler Berkmann kehrte er ein, um ihn zu bitten, er möge die Pathenstelle übernehmen. Der Meister, welcher bereitwillig zusagte, wollte zuvor das Kind sehen. Der Bauer öffnete das Bündel — doch da war kein Kind! Er mußte es verloren haben. Mit einem Tischlergehilfen eilte er sofort den Weg wieder zurück. Weit droben auf dem Berge, am Fuße eines hohen Felsen fand man das Kindlein in einer Wachholderstaude liegen. Obwohl nur in Bindeln eingewickelt, befand sich doch der kleine Erdenbürger hier oben, da warmer Sonnenschein an der windgeschützten Stelle ihn umspielte, ganz wohl. Dann ging es aber wirklich zur Taufe!

ist schon gelb wie eine Citrone vor Leid, daß es auch anderen Menschenkindern vergönnt ist, die Luft zu athmen, in der sie lebt; wenn sie aber solche Schwägerin bekommt —

Klirrend zog Claudine Fischer das Fenster zu, als sie diese wenig schmeichelhaften Bemerkungen über ihre Person vernahm.

Erstrocken föhren die Frauen auseinander, welche in ihrem Eifer gänzlich vergessen hatten, wo sie sich befanden. Eilig entfernten sie sich, um an einem andern Ort ihre Unterhaltung fortzusetzen.

In der Wohnstube seines Hauses saß Matthias Fischer am Frühstückstisch.

Mürrisch sah der finstere Mann vor sich nieder, unberührt stand der dampfende Morgentasse vor ihm.

Da öffnete sich die Thür des vorderen Zimmers und herein trat in aufgeregtem Zustande seine Schwester Claudine.

Mit einem wüthenden Blick sah sie auf den Bruder, dessen Stirn in finstere Falten gezogen war und der auch nicht aufsaß bei ihrem Eintritt. Schweigend nahm sie am Tische Platz.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 17. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kleine Briefe. — Der Weltmarkt und die Agrarkrisis. Von Parvus (Fortsetzung). — Der vierte Band der Handwerks-Enquete und die Künstler. — Lebensmittel-Veränderungen und Verfälschungen. Von Dr. Rudolph Meyer. — Eine neue Art der Photographie. — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Trauungen und Geburten in der Schweiz. — Feuilleton: In Kindesstatt angenommen. Novelle von Emile Bouvillon. Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von Alfred Göbe.